

Der rechten Normalität unseren organisierten Widerstand entgegensetzen!

Ein Nachtrag zu den Anti-AfD-Protesten in Nürtingen



Mehrere hundert Menschen demonstrierten Mitte Januar 2017 in Nürtingen gegen den Landesparteitag der rechtspopulistischen „Alternative für Deutschland“ im städtischen und zentral gelegenen Eventcenter K3N. Der Termin des rechtspopulistischen Treffens war verhältnismäßig kurzfristig bekannt geworden. Noch bis Anfang Januar hatte die „AfD“ auf einen für Mitte Februar geplanten Parteitag in Esslingen mobilisiert, diesen dann jedoch wegen Sicherheitsbedenken abgesagt.

Trotz der kurzfristigen Mobilisierungszeit, einem, wie so häufig, massiven Polizeiaufgebot und fast arktischen Temperaturen (bis zu -15 Grad) ist es in Nürtingen gelungen, einen vielschichtigen und attraktiven Protest zu gestalten, der sowohl von lokalen als auch von regionalen Kräften getragen wurde.

Bereits ab 8 Uhr am Morgen beteiligten sich knapp 150 Menschen an einer vom lokalen Antifaschistischen Bündnis Kreis Esslingen (ABKE) und der Antifa Nürtingen organisierten Kundgebung vor der Halle. Diese wurde augenscheinlich im Vorfeld der Proteste von roten Farbeiern getroffen. An den weitläufigen Absperrungen mit Hamburger Gittern entstanden über die folgenden Stunden immer wieder Blockaden. Anreisenden „AfD“-Mitglieder wurde hierdurch der Zugang zum Tagungsgelände erschwert. Aus den Protesten flogen trotz stationärer Kameraüberwachung und BFE-Greiftrupps immer wieder Eier und Gemüse in Richtung Tagungsgebäude.

In der folgenden Zeit füllte sich die Nürtinger Innenstadt rund um den Marktplatz mit Protestierenden. Grund war das von Vereinen und lokalen Gruppen kurzfristig initiierte Bünd-

nis-Straßenfest gegen die rechtspopulistische Veranstaltung. Aufgrund der räumlichen Nähe bestand zwischen antifaschistischer Kundgebung und dem Straßenfest ein nahtloser Übergang. Eine solidarische Koexistenz wurde von beiden Seiten als selbstverständlich erachtet.

Den Abschluss der Proteste bildete eine gelungene, aber leider zu kurze Demonstration, die ausgehend von den Protesten am Gitter über das Straßenfest bis zum Bahnhof in Nürtingen zog und mit knapp 500 Menschen als erfolgreich bezeichnet werden kann. Etwas bunter Rauch im vorderen Demobereich rundete die Proteste auch optisch ab.

Die Proteste in Nürtingen waren für uns sicherlich nur eine von vielen Mobilisierungen der letzten Jahre, dennoch wollen wir uns an dieser Stelle kurz zur Frage der generellen Gestaltung von Anti-AfD-Mobilisierungen äußern. Im Folgenden soll kein Thesenpapier verfasst werden, sondern ein Rahmen für antifaschistische Mobilisierungen skizziert werden. Darüber hinaus wollen wir uns insbesondere zur aktuell heiß diskutierten Bündnisfrage äußern.

Aufgeben ist keine Option.

AfD-Veranstaltungen im Großraum Stuttgart haben sich in den letzten Jahren zu immer großräumiger abgesperrten und abgeriegelten Sicherheitsbereichen entwickelt. Von Mal zu Mal sichern Hundertschaften, Pferdestaffeln und BFE mit Hamburger Gittern, Kameras und Fahrzeugen die Veranstaltungsräume inklusive der sich darin befindenden Rechtspopulisten. In Anbetracht dieser Umstände stellt sich ganz natürlich die Frage, wie Proteste und Widerstand gegen rechtspopulistische Veran-

staltungen noch wirkungsvoll organisiert, wie sie durchgeführt werden können und welchen realen Mehrwert die antifaschistische Mobilisierung generieren kann.

So sehr die polizeiliche Übermacht bei der ersten Betrachtung den antifaschistischen Widerstand erschweren mag, um so mehr besitzt sie einen symbolischen Charakter: Den Rechtspopulisten ist es augenscheinlich nicht möglich, sich ohne das große Tam-Tam in grün und blau zu versammeln. Sie müssen sich hinter hunderten Uniformierten verstecken und am eigenen Leib spürbare Einschränkungen hinnehmen. Die Absage des geplanten Parteitags in Esslingen mit dem Verweis auf Sicherheitsbedenken aufgrund der angekündigten Proteste ist ein Beispiel für den zusätzlichen organisatorischen Aufwand, den die Rechtspopulisten zu bewältigen haben. Es ist ihnen also nicht möglich, völlig selbstverständlich und geduldet rassistische Veranstaltungen im öffentlichen Raum durchzuführen - ein erster, wenn auch kleiner Schritt hin zu einer gesellschaftlichen Isolation der „AfD“, an den es anzuknüpfen und weiterzuarbeiten gilt.

Zentrales Anliegen antifaschistischer Kräfte muss es, neben der direkten Bekämpfung des Gegners, demnach sein, die gesellschaftliche Empörung über den Aufwind der Rechten in Protest auf der Straße zu transformieren und die Menschen für konkreten antifaschistischen Widerstand zu gewinnen, auch wenn uns das in der aktuellen Situation vorerst nur punktuell und schrittweise gelingen kann.

Es ist wichtig aufzuzeigen, dass der Kräfteverschiebung nach rechts gemeinsam und auf der Straße begegnet werden kann. Dieser Widerstand hat in unseren Augen viele Ebenen, muss aber in letzter Konsequenz auch immer wieder grenzüberschreitende Elemente beinhalten, auch dann, wenn diese, wie etwa in Nürtingen, rein symbolischen Charakter haben.

Der Hintergrund ist, dass es natürlich darum geht, die Grenzen des Protests im kollektiven Rahmen zu verschieben und so konkreten und wirkungsvollen Widerstand zu entwickeln. Einen



Widerstand der alle notwendigen Ebenen beinhaltet und konkrete Erfolge erzielt. So war die Absage des Esslinger Parteitags die Reaktion der Rechtspopulisten sowohl auf die breite gesellschaftliche Mobilisierung, als auch auf die realen und drohenden Konsequenzen für Gastgeber und Delegierte.

Unsere Aufgabe muss demnach sein, sowohl in der Bündnisarbeit, als auch darüber hinaus, für diese Notwendigkeit andere Kräfte zu sensibilisieren und diese Elemente immer wieder einzubringen und in letzter Konsequenz zu etablieren.

Es geht darum, die „Vielfältigkeit der Proteste“ nicht nur als sprachliche Floskel zu begreifen und zu verwenden, sondern sie in der Realität und im solidarischen Verhältnis zu anderen konkret umzusetzen und zu normalisieren. Breite Proteste sind schlussendlich immer dann erfolgreich gewesen, wenn es ein Zusammenspiel verschiedener Ansätze gegeben hat.

All together, right now?!

Ein wichtiger Ansatzpunkt ist daher die Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Kräften. Ein Effekt des Rechtsrucks ist die (Re-)Politisierung verschiedener gesellschaftlicher Kräfte und Gruppen. Von lokalen Vereinen, über Partei-Ortsgruppen bis hin zu Geflüchteten-Solidaritätskreisen herrscht eine Sensibilität für die Notwendigkeit, den rechten Umtrieben etwas entgegenzusetzen.

Wirkungsvolle antifaschistische Politik muss deswegen auch dort ansetzen. Die Bündnisfrage ist keine rein technische, bei der es lediglich darum geht, einfach nur mehr Menschen zu gewinnen und möglichst große Menschenmassen zu generieren, sondern ganz und gar politisch mit der Perspektive, einer aktiven und wirkungsvollen Gegenbewegung verknüpft.

Als organisierte AntifaschistInnen haben wir daher die Pflicht im Kampf gegen Rechts weitere gesellschaftliche Kräfte einzubinden. Einerseits natürlich um dem Protest die notwendige quantitative Stärke zu geben, andererseits aber auch, weil

wir die Anderen in die Verantwortung nehmen müssen sich politisch zu positionieren und aktiv zu werden. Bei dieser In-Verantwortungnahme greift der Ansatz „Masse um jeden Preis“ in unseren Augen zu kurz. Breite Aufrufe können richtig sein, verwässern aber häufig Praxis und Inhalt. Uns geht es darum beides in einen sinnvollen und angemessenen Einklang zu bringen. Auch weil die aktuelle gesellschaftliche Situation in der BRD es nicht erfordert mit einer nur auf die breite fokussierte Politik den drohenden Faschismus zu verhindern. Vielmehr geht es darum mit dem Einheitsfrontansatz antifaschistische Kräfte, und solche die objektiv ein antifaschistisches Interesse haben müssen,

zu bündeln. Schließlich müssen wir insbesondere die Menschen ansprechen, die in diesem System ganz direkt von Ausbeutung betroffen sind. Die Einbindung ihrer Organisationen, wie bspw. Gewerkschaften, sind für uns wichtig.

Das gemeinsam „Aktiv werden“, also die konkrete Praxis ist für uns, neben der notwendigen inhaltlichen Einigkeit, zentraler Bestandteil von Bündnisarbeit. Reine Lippenbekenntnisse haben (auch historisch betrachtet) noch nie reaktionäre Entwicklungen aufgehalten und bleiben dementsprechend auch heute nur Papiertiger.

Wir denken, dass die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen eine Steilvorlage bieten, die Grenzen der gemeinsamen Aktivität im Bündnisrahmen immer mehr zu erweitern. Wann wenn nicht jetzt ist auch für andere ersichtlich, dass konkreter Widerstand gegen rechtspopulistische Umtriebe Erfolg haben kann. Interne Papiere der „AfD“ thematisieren immer wieder die öffentliche Stigmatisierung ihrer Partei und (und das ist das Entscheidende) die teilweise massiven Widerstände gegen öffentliche Aktivitäten, die die Partei in ihrer Entfaltung einschränken. Wir sprechen hier sowohl von quantitativem Protest, als auch von Blockaden an Eingängen, kreativen Abschirmmaßnahmen, Obst, Gemüse & Pyrotechnik und natürlich von direkter Intervention.

Klar ist, das kann und wird nicht alles im Bündnisrahmen stattfinden können. Weder organisatorisch noch später konkret vor Ort. Aber, auch wenn nicht jedeR einzelne jede Aktionsform einbringt und teilt, so sollte es bezüglich dieser unterschiedlichen Herangehensweisen ein solidarisches und ergänzendes Verhältnis zueinander geben. Eine verbindliche, nachhaltige und verantwortliche Arbeit unsererseits im Bündnisrahmen versteht sich gerade in Anbetracht dieses Spannungsfeldes dabei von selbst.

Auf der inhaltlichen Ebene muss es Aufgabe organisierter antifaschistischer Kräfte sein in den Bündnisrelationen Widersprüche, die innerhalb der bestehenden Verhältnisse existieren und die die Rechten mit ihrer Hetze und Propaganda kanalisieren, immer wieder zu benennen und zu thematisieren. Schließlich haben die Verschlechterung und Verunsicherung der Lebensbedingungen von großen Teilen der Bevölkerung ihre Ursache in einer Produktionsweise und in Eigentumsverhältnissen, die Ungleichheit und soziales Elend immer wieder aufs Neue hervorbringen. Schon seit Jahren sorgen internationale Krisenentwicklungen dafür, dass die gigantischen Schattenseiten des Systems auch hierzulande spürbar werden.

Wir leben im Kapitalismus und das heißt, dass nur eine kleine Klasse von Besitzenden und Verwaltenden die Kontrolle über die geschaffenen Reichtümer innehat. Auf dem Rücken der lohnabhängigen Mehrheit wird ein grenzenloses Profitstreben umgesetzt - wenn sie sich nicht gemeinsam dagegen wehrt.

An diesen Zuständen wollen die Rechten nichts ändern.

Im Gegenteil: In linken Bewegungen, die gegen dieses System der Ungleichheit und für eine solidarische Gesellschaft kämpfen, sehen sie ihren größten Feind. Die Profiteure hingegen können sich die Hände reiben: für die lohnabhängige Bevölkerung bedeuten rechte Gesellschaftsperspektiven immer schlechtere Arbeitsbedingungen, noch weniger Mitbestimmung, Kriegsgefahr und staatlicher Disziplinierung. Antifaschistische Politik sollte nicht zuletzt deshalb immer den Anspruch haben, soweit wie möglich in diese Klasse hineinzuwirken. Staatstragender Antifaschismus, der die sozialen und ökonomischen Widersprüche ausklammert, kann daher für einen realen Widerstand gegen Rechts keine ernsthafte Option sein.

Jetzt geht's erst richtig los...

Die rechtspopulistischen Aktivitäten werden gerade im Zuge der anstehenden Bundestagswahl zunehmen. Nicht immer wird es uns gelingen, den notwendigen Widerstand dagegen zu organisieren. Denn klar ist auch, dass das Ziel antifaschistischer Arbeit nicht nur sein kann, sich an der Fülle der gegnerischen Aktivitäten abzuarbeiten und irgendwann ohne Puste dazustehen. Gerade deswegen ist es wichtig, die aktuellen Proteste organisatorisch und praktisch zu nutzen, um uns so für die Herausforderungen der nächsten Jahre aufzustellen. Um das zu gewährleisten, ist es sinnvoll, Prioritäten zu setzen und genau zu schauen, wo wir mit unserer Arbeit realen Erfolg erzielen können und wo eine Intervention trotz widriger Umstände z.B. langfristig wichtig sein kann. Ergebnis kontinuierlicher antifaschistischer Praxis muss natürlich der Auf- und Ausbau der eigenen Strukturen sein.

Bei allen Verschlechterungen und Verschärfungen, die die aktuelle gesellschaftliche Situation mit sich bringt, so birgt sie auch die Möglichkeit, Nutzen aus ihr zu ziehen und aus den gemachten Erfahrungen zu lernen.

Dabei müssen antifaschistische Kräfte zu einer gesellschaftlichen Macht und Einflussgröße werden, welche selbstständig handelt und unabhängig von einem aus bürgerlicher und staatlicher Sicht angemessenen Umgang die tatsächlich notwendigen und angebrachten Mittel und Wege wählt. Die Bündnisarbeit ist ein wichtiger Faktor dafür, wenn auch nicht der einzige.

